



RESOLUTION

| | |
|-------------------|---|
| Urheber | Françoise Métrailler, Le Centre, Bruno Perroud, UDC, Nathalie Cretton, Les Vert.e.s und Aurélie Pont, PS/GC |
| Gegenstand | Verkauf von Einweg-Puffs in der Schweiz verbieten |
| Datum | 16/05/2024 |
| Nummer | 2024.05.110 |

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) der Vereinten Nationen ruft die Staaten dazu auf, dringend Massnahmen zu ergreifen, um den E-Zigarettenkonsum zu kontrollieren und die Kinder zu schützen.

Dies war in einer Medienmitteilung der UNO vom 14. Dezember 2023 zu lesen.

Einweg-E-Zigaretten, auch Einweg-Puffs genannt, sind auf unsere Kinder zugeschnitten und werden mit schlagkräftigen Marketingkampagnen beworben. Dabei kommen die sozialen Medien mit ihren Influencerinnen und Influencern, Zuckerwatte- oder Marshmallow-Aromen (16'000 verschiedene Aromen), sehr grelle Farben oder auch Zeichentrückfiguren zum Einsatz. So ist eine Verführung unserer Kinder garantiert. Das Suchtpotenzial dieser Produkte ist sehr gross. Die Tabakindustrie hat das verstanden und setzt möglichst früh an, in einem Alter, in dem unsere Kinder noch verletzlich sind.

In seiner Stellungnahme vom 24.05.2023 auf die Motion Nr. 23.3109 von Nationalrat Christophe Clivaz anerkennt der Bundesrat, dass elektronische Einwegzigaretten für Jugendliche attraktiv sind und von vielen konsumiert werden. Er unterstreicht zudem Folgendes: «Die meisten dieser Produkte enthalten jedoch Nikotin, das ein hohes Suchtpotenzial aufweist.» Insbesondere unter Berufung auf die Handelsfreiheit, was für uns inakzeptabel ist. Da es um die Gesundheit von Minderjährigen geht, empfiehlt der Bundesrat die Ablehnung der Motion.

Länder ganz in unserer Nähe sind sich dieser Problematik sehr bewusst. Deutschland strebt ein europaweites Verbot der E-Zigaretten an, in Frankreich wurden entsprechende gesetzgeberische Schritte eingeleitet, Belgien wird den Verkauf ab 2026 verbieten und Grossbritannien dürfte dies bereits 2025 tun. Die Schweiz kann sich nicht mit der Revision des Tabakproduktegesetzes zufriedengeben, um den Verkauf dieser Produkte an Minderjährige zu verbieten, Werbeeinschränkungen vorzusehen, den Nikotingehalt der Puffs zu begrenzen oder eine höhere Steuer auf Einweg-E-Zigaretten einzuführen.

Der Schutz von Kindern und Jugendlichen und schliesslich Erwachsenen darf nicht halbherzig angegangen werden.

Schlussfolgerung

Der Grosse Rat des Kantons Wallis fordert den Bundesrat auf, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, um den Verkauf von Einweg-E-Zigaretten (Puffs) in der Schweiz zu verbieten.